

Von Jürgen Klimke <juergen.klimke@bundestag.de>
nach "Heinz W. Bartels" <hwbham@googlemail.com>
Datum 30. September 2010 15:24
Betreff Re: Zur "Gesundheitsreform" und sozialen Fragen aus eigenem Erleben

Sehr geehrter Herr Bartels,

herzlichen Dank für die Zusendung Ihres Schreibens an Bundesgesundheitsminister Rösler.

Ohne der Antwort des Ministers vorgreifen zu wollen, ist festzuhalten, dass das Thema Gesundheitsreform eines der schwierigsten Politikfelder überhaupt ist. Das liegt – auch, aber nicht nur – an den Interessenvertretungen der Pharmaindustrie und der Ärzte. Das von Ihnen gezeigte Beispiel zeigt, dass es gerade bei der Abrechnung von vermeintlich notwendigen Behandlungen noch Einsparpotenziale gibt. Deshalb vertrete ich die Auffassung, dass wir mehr Transparenz benötigen, unter anderem durch das Stellen einer ärztlichen Rechnung, in dem die durchgeführten Behandlungen dokumentiert werden. Dann erfährt der Patient, was der Arzt gegenüber der Kasse abrechnet – bisher ist dies ja in der Regel nicht der Fall. Grundsätzlich muss aber auch festgehalten werden, dass in einem Land, in dem immer weniger Beitragszahler immer mehr älteren Menschen gegenüberstehen, und in dem kostenintensiver medizinischer Fortschritt allen Bürgern zur Verfügung stehen soll, die Beiträge zur Krankenversicherung steigen müssen.

Gestatten Sie mir jedoch noch eine Anmerkung: Wenn Sie schreiben, dass die Politiker die Bürger als „Untertanen“ ansehen würden, dann kann ich Ihnen nicht folgen. Ein solches Denken sehe ich bei uns Politikern nicht. Politiker sind vielmehr darauf angewiesen, die Anliegen der Wähler aufzunehmen und wenn möglich umzusetzen. Dass sie dabei komplexen gesellschaftlichen Realitäten ausgesetzt sind und nur selten Anliegen – und seien diese auch berechtigt – eins zu eins umsetzen können, liegt sicher nicht am mangelnden Willen der Politik.

Sehr gern würde ich Ihnen vorstellen, wie politische Arbeit funktioniert. Sollten Sie Interesse haben, empfehle ich Ihnen, sich die Arbeit der CDU bei uns in Wandsbek einfach einmal selbst anzuschauen. Sollten Sie Interesse haben, stelle ich sehr gern den Kontakt zu den Organisationen unserer Partei her.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Klimke

Lena Amosova
Büro Jürgen Klimke, MdB
Tel.: 030 - 22 77 83 67
Fax: 030 - 22 77 66 97
Paul-Löbe-Haus, Platz der Republik 1
11011 Berlin
www.klimke-cdu.de

Antwort

Als e-Mail Anhang

Herrn

Jürgen Klimke, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Hamburg, 30. September 2010

Mein Brief an Herrn Minister Dr. Rösler Ihre Antwort von heute

Sehr geehrter Herr Klimke,

unter Beachtung und im Bewusstsein des notwendigen Anstandes in zwischenmenschlicher Kommunikation darf ich Ihnen sagen, dass ich beim Lesen Ihrer o.g. Mailnachricht laut gelacht habe. Besonderen Anlass hierzu boten mir Ihre beiden Schlussätze:

„Sollten Sie Interesse haben, empfehle ich Ihnen, sich die Arbeit der CDU bei uns in Wandsbek einfach einmal selbst anzuschauen. Sollten Sie Interesse haben, stelle ich sehr gern den Kontakt zu den Organisationen unserer Partei her.“

Waren es doch gerade Mitglieder in Ihrem Wahlkreis Wandsbek, die durch ihr Verhalten in mir das Verlangen zum Überdenken meines politischen Standpunktes ausgelöst und zu einer deutlichen Umkehr in meinem Denken geführt haben.

Die Gründe hierzu sind in einer umfangreichen Ausarbeitung zur Findung meiner politischen Situation dargestellt. Ich will und kann sie hier nicht für Sie zitieren; ich habe auf Freunde gehört, die mir den dringenden Rat gaben gerade diese Passagen juristisch absegnen zu lassen. Bitte haben Sie an dieser Stelle hierfür Verständnis.

Jedoch will ich auch der Gerechtigkeit Genüge tun und Ihnen ein Kompliment aussprechen: seit etwa fünf Jahren versende ich aus mich interessierenden Anlässen per e-Mail Anfragen und Traktate (so will ich es einmal nennen) an in der Politik aktive Personen und politische Institutionen. Ihre Antwort von heute ist die erste, die ich von einem Mitglied der CDU erhalten habe! (Vielen Dank dafür!) Der hier zur Diskussion stehende Brief wurde an etwa 400 Empfänger verschickt; Ihre Antwort ist die vierte.

Aus diesen Nichtreaktionen Ihrer Kolleginnen und Kollegen – auch Sie haben in der Vergangenheit schon Anfragen erhalten – leite ich auch meine von Ihnen gerügte (aus Ihrer Sicht mit Sicherheit berechtigt) Bezeichnung „Untertan“ ab. Neben den

oben genannten gibt es dafür noch weitere Gründe, die ich unter dem Begriff „Missachtung des Souveräns“ zusammen fassen möchte.

Da ist z.B. ein persönlicher Brief mit umfangreichen Anlagen an Ihren persönlichen Parteifreund Karl-Heinz Warnholz vom 25. Oktober des vergangenen Jahres. Bestimmt wird er den Vorgang noch in seiner Ablage haben; gerne sende ich ihn aber Ihnen auch zur Information zu. Einige Sätze will ich hier zitieren:

„Sollten Sie hieran (an einer Stellungnahme) kein Interesse haben oder keine Notwendigkeit sehen bitte ich höflich um Ihren entsprechenden Hinweis. Hierdurch würde dann meine Grundeinstellung zur Demokratie in Deutschland, die auch in meinem „Wahlzettel“¹ zur Bundestagswahl zum Ausdruck gebracht wird, untermauert.

Ein bedauerliches Nachlassen des Politikinteresses wird durch Ihre und andere Parteien immer wieder bedauert und angeprangert. Ist Ihnen schon einmal aufgefallen, dass ein Sonderpostenverkäufer für Plastikreiben, Teppichreiniger oder Autopolitur in einer Fussgängerpassage in der Regel mehr Zuhörer hat als der Informationsstand einer Partei schräg gegenüber?“

Eine Reaktion kam bei mir nicht an; nicht einmal ein Hinweis, dass das angesprochene Thema nicht in den Bereich seiner Zuständigkeit fällt.

Ich glaube, deutlicher kann man die Missachtung eines gewählten „Volksvertreters“ gegenüber einem Souverän nicht zum Ausdruck bringen. Solches Handeln impliziert das Fehlen grundsätzlicher Formen der Höflichkeit, der Erziehung und des Anstandes. Gerade Herr Warnholz ist ein Mensch, der das Fehlen solcher Eigenschaften bei seinen Mitmenschen immer wieder kritisiert – auch tat er dies in Gesprächen mir gegenüber.

Oben erwähnter „Wahlzettel“ fand über den Wahlumschlag nicht nur seinen Weg in die Wahlurne; er wurde auch in einem Mailversand an eine Vielzahl der Volksvertreter verteilt – auch Sie haben ihn erhalten. Sie werden es schon erahnen: Reaktionen erfolgten keine. Dabei habe ich die Empfänger dieses Papiers doch ausdrücklich zu dem Versuch aufgefordert durch sachliche Argumentation meine zum Anarchismus neigende Haltung zu verändern. Schade!

Ich will hier die Aussage eines französischen Soziologen einfügen, dessen Meinung ich mich in diesem Zusammenhang und zum jetzigen Zeitpunkt und Wissensstand unbedingt anschliessen kann:

*„Regiert sein, das heisst unter polizeilicher Überwachung stehen, inspiziert, spioniert, dirigiert, mit Gesetzen überschüttet, reglementiert, eingepfercht, belehrt, gepredigt, kontrolliert, eingeschätzt, angeschätzt, zensiert, kommandiert zu werden durch Leute, die weder das Recht, noch das WISSEN, noch die Kraft dazu haben
Regiert sein heisst, bei jeder Handlung, bei jedem Geschäft, bei jeder Bewegung versteuert, patentiert, notiert, registriert, erfasst, taxiert, gestempelt,*

¹ Ist im Anhang beigelegt

vermessen, bewertet, lizenziert, autorisiert, befürwortet, ermahnt, behindert, reformiert, ausgerichtet, bestraft zu werden.

Es heisst, unter dem Vorwand der öffentlichen Nützlichkeit und im Namen des Allgemeininteresses ausgenutzt, verwaltet, geprellt, ausgebeutet, monopolisiert, hintergangen, ausgepresst, getäuscht, bestohlen zu werden; schliesslich bei dem geringsten Widerstand, beim ersten Wort der Klage unterdrückt, bestraft, heruntergemacht, beleidigt, verfolgt, misshandelt, zu Boden geschlagen, entwaffnet, geknebelt, eingesperrt, füsiliert, beschossen, verurteilt, verdammt, deportiert, geopfert, verkauft, verraten und obendrein verhöhnt, gehänselt, beschimpft und entehrt zu werden.

Das ist die Regierung, das ist ihre Gerechtigkeit, das ist ihre Moral.“²

In Fällen, in denen ich meine Tendenz zum Anarchismus zum Ausdruck bringe, weise ich ausdrücklich darauf hin, dass dies natürlich immer auf dem Boden demokratischer Grundordnung geschieht. Seitdem ich denken kann bin ich überzeugter Pazifist und lehne jegliche Anwendung von Gewalt grundsätzlich ab.

„Wir machen Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“ ist eine Aussage, die ich auf Ihrer Homepage finde. Es sind sehr schöne Worte – Vertrauen in diese kann ich nicht finden. Als Agnostiker ist mir gleichgültig auf welcher Religion ein Menschenbild begründet wird – solange diese nicht fundamentalistisch dargeboten wird – es muss jedoch menschlich sein! Und solche Menschlichkeit vermisse ich in der Politik überwiegend, aktuell besonders in Ihrer Partei und Ihrem Koalitionspartner.

Ich konnte lesen, dass Sie sich zusammen mit der Kanzlerin und einigen Ministern anlässlich der Millennium Konferenz vor wenigen Tagen in New York aufhielten. In einer aktuellen Korrespondenz mit der Kanzlerin befasse ich mich u.a. auch mit dem realen Erfolg dieser Konferenz. Die Ausfertigung dieses Briefes habe ich heute zu Gunsten einer aktuellen Antwort an Sie unterbrochen. Dennoch will ich aus einem Teil meines Entwurfes hier zitieren:

„Allerdings waren die Ergebnisse in New York (In Bezug auf die Teilnahme an der Millennium Konferenz) ja eher nicht so toll:

Auf der Welt leben etwa 6,7 Milliarden Menschen; davon sind etwa eine Milliarde dauernd unterernährt, täglich sterben 37.000 Menschen an den Folgen des Hungers. Zur gleichen Zeit stellt die FAO fest, dass die Landwirtschaft der ganzen Welt ohne Probleme 12 Milliarden Menschen ernähren könnte – das ist beinahe das Doppelte der Weltbevölkerung. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts gibt es objektiv keinen Nahrungsmangel mehr. Ein Kind, das jetzt, während ich dies schreibe oder Sie dies lesen, an Hunger stirbt, wird ermordet durch eine kannibalische Weltordnung.

Hieran, Frau Bundeskanzlerin, tragen Sie eine Mitschuld!

² **Pierre Joseph Proudhon** (*15. Januar 1809 in Besançon, Frankreich; gestorben 19. Januar 1865 in Passy bei Paris) war ein wichtiger Vertreter des Solidarischen Anarchismus, der Begründer des Föderalismus, sowie einer der wichtigsten Begründer der anarchistischen Traditionen in Europa. (Quelle: Wikipedia)

Ich bin mir durchaus bewusst, dass dies eine ungeheuerliche Behauptung ist. Deshalb will ich den Versuch zu einer Begründung unternehmen: Die Vereinten Nationen sind nicht mehr handlungsfähig. Es herrschen heute nicht mehr die Staaten - es sind die Mächte und Oligarchien des Finanzkapitals in unserer Welt, die nach den Grundsätzen der Profitmaximierung die Macht ausüben ohne an Normen gebunden zu sein; sie fühlen keine Verantwortung dafür, dass auf der Welt Menschen verhungern.

Multinationale global operierende Unternehmen springen auf die „Masche“ regenerativer Energien und fördern die Produktion von Treibstoff aus Agrarprodukten mit dem Sinn zur Erhöhung der Shareholdervalues. Dabei ist es ihnen gleichgültig, dass Millionen von Tonnen notwendiger Grundnahrungsmittel verbraucht werden und der Welternährung nicht zur Bedarfsdeckung zur Verfügung stehen. Die EU fördert die Herstellung von Agrartreibstoffen. Es ist ihr egal, dass dadurch in Schwellenländern viele Hektar Wald abgeholzt werden, dass Bauern dort Land geraubt wird, um dort statt Lebensmittel Palmöl und Zuckerrohr zu gewinnen. Selbstverständlich verdienen die Bemühungen der Industrieländer Anerkennung zur Unabhängigkeit von Erdöl zu kommen und damit auch Klima und Umwelt zu schützen. Solche Argumente rechtfertigen jedoch nicht das Verbrennen von Lebensmitteln – während alle fünf Sekunden ein Kind unter zehn Jahren verhungert; das ist ein Verbrechen – ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit!“

Diese Begründung ist noch nicht vollständig und somit auch noch nicht schlüssig. Eine Tendenz meiner Argumentation lässt sich jedoch erkennen. Mein Ziel ist darzulegen, dass die Bundesregierung eine Politik verfolgt, die einer vernünftigen Wirtschafts- und Entwicklungspolitik diametral entgegen steht. Ich weiss, sehr geehrter Herr Klimke, dass dieses Thema zu Ihren Spezialitäten gehört; sie haben dazu geredet und geschrieben. Heute traue ich mir zu, meine Behauptungen schlüssig zu untermauern und zu belegen. Haben Sie Anmerkungen zu diesem Trend in meiner Meinung? Meine Korrespondenz mit der Kanzlerin – besser mit dem Kanzleramt – können Sie dort einsehen. Mit grossem Neid muss ich feststellen: die Registratur des Amtes ist bewundernswert. Gerne sende ich Ihnen auch den Schriftwechsel zu.

Lassen Sie mich noch ein Beispiel Ihre Partei betreffend anführen: Ihr Parteifreund und Mitglied der Hamburger Bürgerschaft Kai Voet van Vormizeele war Wahlmann in der Bundesversammlung anlässlich der Wahl des Bundespräsidenten. Ich versuchte ihm meinen bevorzugten Kandidaten per eMail mitzuteilen; allein, seine Mailadresse war gesperrt mit dem Hinweis, dass er sich in seiner Wahlentscheidung nicht beeinflussen lasse. Ungeheuerlich! Wer ist dieser Mensch? Er ist der Vertreter der Bürger, die ihm ein Mandat – und damit eine Machtposition - geliehen haben. Er gebärdet sich wie ein Fürst, dem die Meinung seiner „Untertanen“ lästig und gleichgültig ist. Meine Meinung zu diesem Vorgang konnte ich ihm über eine andere, offene, Mailanschrift mitteilen. Reagiert hat er darauf nicht.

Auch dies ist ein Grund zur Wahl meiner Benutzung des Wortes „Untertan“. Es ist auch ein Grund für meine Meinung, dass in der BRD keine Demokratie herrscht; begünstigt durch das Grundgesetz und das Wahlverfahren sind die Abgeordneten den Richtlinien der Parteien ausgeliefert zur Erlangung eines aussichtsreichen

Listenplatzes.

Um nicht nur CDU Mitglieder aus Ihrem Wahlkreis hier zu nennen, will ich auch ein Beispiel einer anderen Partei anführen: der GAL zur Bürgermeisterwahl in Hamburg. Meinen Brief an die Mitglieder der Rathausfraktion finden Sie im Anhang. Aus vorangegangenen Erfahrungen habe ich keine Reaktion erwartet; es kam auch keine! Bewusst habe ich diesen Brief polemisch geschrieben. Gebracht hat es nichts.

Es sind nicht nur die hier angeführten Parteien, die bei mir schon „dran“ waren. Es waren schon alle mit ähnlichen Ergebnissen – ausgenommen selbstverständlich rechtsradikale Gruppierungen.

Ich habe in verschiedenen Ländern und verschiedenen staatlichen Systemen sehr bewusst gelebt und gearbeitet:

In Deutschland erlebte ich die Entwicklung der Republik mit Politikern, die „kantig“ waren und aus einer zerstörten Diktatur und daraus folgend einem besetzten Land einen wirtschaftlichen Aufschwung schafften.

In Spanien erlebte ich den Umschwung von einem faschistischen Regime (in dem es mir nicht schlecht ging) zur demokratischen Monarchie und offen aufkommendem sozialistischem Gedankengut.

In Cuba erlebte ich hautnah den Sozialismus mit allen seinen Facetten in einer wunderschönen karibischen Landschaft mit reizenden Menschen in einer kollektiven Gemeinschaft. Der Ordnung halber will ich hier anfügen, dass ich als Vertreter eines bekannten deutschen Luftfahrtunternehmens und „Imperialist“ durchaus Vorzüge genießen konnte, die meine Compañeros nicht hatten.

In USA in Zeiten eines aufrüstenden Ronald Reagan erlebte ich eine Nation (diesen Begriff verwende ich hier sehr bewusst) in einer Angebots- und Konsumgesellschaft als Gegenpol zu Cuba als Nachfragegesellschaft. In dieser Zeit erlebte ich häufig die krassen Gegensätze beider Gesellschaftsformen durch häufige Wechsel zwischen den beiden Ländern.

Warum schreibe ich diese Dinge hier? Alle Beispiele hatten und haben, so gegensätzlich sie auch sein mögen, einen Trend, der aufwärts gerichtet ist. Die Bundesrepublik entwickelt sich in den vergangenen Jahrzehnten, in welchen ich wieder hier im Land lebe, nach unten – selbst auch nach dem Ereignis der Wiedervereinigung.

Auch hierzu will ich meine Meinung begründen versuchen; ich zitiere aus dem schon erwähnten Brief an die Bundeskanzlerin:

*„Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
Liebe Frau Dr. Merkel,*

es ist nun schon wieder über einen Monat her, dass ich Ihnen geschrieben habe. Auch Ihre Antwort, in der Sie sich verteidigt und mir ein Versehen dargelegt haben, liegt schon lange zurück. Durch Ihre wirklich schnelle Antwort keimte in mir schon Hoffnung – Hoffnung dahingehend, dass die

politische Führung den Souverän als gleichwertigen Partner betrachtet. Offensichtlich habe ich mich hier sehr getäuscht: meine Fragen aus meinem Brief vom 26.08. wurden mit der Arroganz des Principes missachtet. Das ist wirklich sehr schade und fördert nicht die auch von Ihnen immer wieder geforderte Bürgernähe zur und Bürgerbeteiligung an der Politik.

Ich will an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich auf die Schriften des Herrn Niccoló Machiavelli verweisen, dessen Äusserungen zu den Zyklen in einer Republik Ihnen ja sicher bekannt sind. Allerdings sollte ich anmerken, dass Machiavelli durchaus nicht in der Gnade der herrschenden Medici stand. Er wurde in den Kerker geworfen, „Il Principe“ – in deutscher Übersetzung „Der Fürst“ – erst nach seinem Tode veröffentlicht.

Auch zeigt das Verhalten der politischen Führung der Bundesrepublik heute gegenüber den Untertanen, dass Ihr Juniorpartner, Herr Dr. Westerwelle, durchaus in der richtigen Richtung denkt wenn er von einer Entwicklung „altrömischer Dekadenz“ spricht. Hier outet er sich einmal ganz ehrlich – obwohl ich der Meinung bin, dass ihm dieses gar nicht bewusst war oder ist. Im alten Rom gehörten zum Volk nämlich ausschliesslich die Freien, die Besitzenden und die Reichen. Einzig die Oberschicht Roms frönte der „spätrömischen Dekadenz“. Die Mehrheit der Römer - Bauern, Handwerker, kleine Gewerbetreibende und Sklaven - kämpfte wie eh und je ums tägliche Überleben.

Das trifft doch auch heute für Deutschland zu: nie waren die Besitzenden reicher als heute, nie zahlten Unternehmen weniger Steuern, zu keiner Zeit wurden sie mit so vielen Milliarden oder Steuergeschenken entlastet oder bedacht. Nie hatten Arbeitnehmer so wenig übrig vom Lohn für ihre Arbeit; und nach den neusten Gesetzesideen Ihrer Regierung geht das doch so weiter. Seltsam, dass sich gerade Herr Dr. Westerwelle darüber erzürnt; es passt doch genau in sein persönliches Profil der Klientelpolitik, der Sie und Ihre Partei sich (cui bono!) fügt und unterordnet.

Das Römische Reich ist untergegangen (sieht auch Herr Westerwelle schon einen bevorstehenden Untergang seiner Regierung?) – was wird mit der Bundesrepublik Deutschland passieren? Es liegt auch in Ihrem Handeln, Frau Bundeskanzlerin! Die von Herrn Westerwelle und seinen Vasallen demonstrierte Arroganz ist mit Sicherheit keine Hilfe zur Lösung von Problemen in der politischen Landschaft.“

Es ist ein langer Brief geworden, sehr geehrter Herr Klimke, und geht doch im Grunde gar nicht auf die von mir ursprünglich angesprochenen Probleme ein. Es war mir wichtig, nach vielen Jahren vergeblicher Versuche einem Mitglied des Bundestages etwas ausführlicher meine Meinung mitzuteilen.

Herr Dr. Rösler – ich meine natürlich eine Mitarbeiterin des Ministeriums – hat auch inzwischen geantwortet. Der Inhalt der Mail ist es nicht wert zitiert zu werden. Aus meiner Sicht stellt er eine geistige Beleidigung dar. Von einem Ministerium, das, wie Sie es bezeichnen und dem ich zustimme, das schwierigste politische Thema zum Gegenstand hat, habe ich mehr erwartet. Mit der jetzt zum Vorschein gekommenen Auffassung und Geisteshaltung können schwierige anstehende Probleme nicht

gelöst werden. Ich werde Herrn Dr. Rösler in den kommenden Tagen entsprechend antworten; gerne werde ich Sie mit ankopieren.

Besonders irritiert mich, dass ich Herrn Dr. Rösler sowohl als Minister als auch als Arzt angeschrieben habe. Eine in der Hierarchie offensichtlich weit unten stehende Mitarbeiterin wird solche sehr wesentliche Einzelheiten nicht erkennen können.